

satz der Gleichbehandlung aller Arbeitnehmer, sondern auch den in allen staatlichen Verträgen verankerten Grundsätzen über die Anwerbung und Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer. Das geltende Kündigungsschutzgesetz betont ausdrücklich die rechtliche Verpflichtung, bei Entlassung in jedem Fall soziale Härten zu vermeiden. Es gibt neben dieser eindeutigen Verpflichtung zur Beachtung sozialer Merkmale keine arbeitsrechtliche Handhabe, etwa nach nationalen Gesichtspunkten die zu entlassenden Arbeitnehmer auszuwählen. Das Grundgesetz und das Betriebsverfassungsgesetz enthalten vielmehr die verpflichtende Rechtsnorm, daß in der Bundesrepublik keinem Menschen wegen seiner Nationalität ein Nachteil erwachsen darf.

Ich begrüße es sehr, daß der Koordinierungskreis „Ausländischer Arbeitnehmer beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung“ mit den erarbeiteten „Grundsätzen zur Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer“ eine klare Absage an die bislang vorherrschende Haltung von vielen öffentlichen und privaten Stellen, Betrieben und Interessenten erteilt hat, als könne man die Ausländerbeschäftigung und die Existenz der ausländischen Arbeitnehmer in der deutschen Gesellschaft weiterhin als eine vorübergehende Erscheinung ansehen.

FDP: Keine soziale Diffamierung

Die Normalisierung der Konjunktur wird auf dem Arbeitsmarkt durch verschiedene Maßnahmen gekennzeichnet. Zunächst werden ausscheidende Arbeitnehmer nicht mehr ersetzt. Ein weiterer Schritt ist der Abbau von Überstunden. Auch die zeitlich befristete Kurzarbeit ist ein Symptom des Übergangs von der Überhitzung in den konjunkturellen Normalzustand der Volkswirtschaft. Darüber hinaus werden Strukturschwächen einzelner Branchen oder Unternehmen gerade im Zeitpunkt der Normalisierung sichtbar und gefährden einen Teil der Arbeitsplätze.

Diese Maßnahmen tangieren ausländische und einheimische Arbeitnehmer gleichermaßen. Abgesehen davon, daß es arbeitsrechtlich nicht möglich erscheint, diese beiden nach ihrer Herkunft unterschiedenen Arbeitnehmergruppen unterschiedlich zu behandeln, widerspricht ein derartiges Vorgehen den Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit.

Schließlich war und ist die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer für die deutsche Volkswirtschaft unbedingt notwendig, um den Arbeitsmarkt in etwa ausgeglichen zu gestalten. Dies schlägt sich für diese Gruppe sicherlich finanziell erfreulich nieder. Aber auch alle deutschen Beteiligten profitieren hiervon, die Unternehmungen, die Arbeitnehmer, der Fiskus und auch die gesetzlichen Sozialversicherungen.

Diese Zusammenhänge verbieten eine soziale Diffamierung. Im Zeichen der sich normalisierenden Konjunktur müssen alle damit verbundenen Belastungen gemeinsam getragen werden.

Massenentlassungen als Folge einer Wirtschaftskrise brauchen heute wegen der Möglichkeiten der Konjunktursteuerung zum Glück nicht mehr diskutiert werden.

Porträt

Wenn es richtig ist, daß Menschen durch den Ort, in dem sie aufwachsen und in dem sie längere Zeit beruflich tätig sind, geprägt werden, dann sind Egbert Möcklinghoff und Münster ein Beispiel dafür. Hier wurde Möcklinghoff 1929 geboren, hier wuchs er auf, und hier war er nach Jurastudium und ersten Berufsetappen als Beigeordneter tätig. Obgleich Möcklinghoff CDU-Politiker und katholisch ist, gilt diese Prägung nicht im parteipolitischen oder konfessionellen Sinne. Münster ist für Möcklinghoff „eine schöne Stadt“. Warum schön? Weil die Stadt „homogen, überschaubar und geistig aufgeschlossen“ ist. So wie Möcklinghoff seine Geburtsstadt Münster sieht, so sehe ich ihn: homogen, überschaubar und geistig aufgeschlossen. Beginnen wir beim letzten Attribut: „geistig aufgeschlossen“: Nicht Polemik, sondern Argumente machen für ihn Debatten interessant. Er ist bereit, die Position des anderen zumindest gedanklich nachzuvollziehen, ja er ist bereit, bei besseren Argumenten sich geschlagen zu geben. Daß diese Bereitschaft in parlamentarischen Auseinandersetzungen oft fehlt – auf allen Seiten – bekümmert den MdL Möcklinghoff. Weil für ihn das Reflektieren zwangsläufiger Ansatzpunkt politischer Betätigung ist, hat er eine „widernatürliche Begabung zur Polemik“ (von Möcklinghoff akzeptiertes Diktum Kühns über Möcklinghoff). Anders als für Adenauer sind Wahlkämpfe für Möcklinghoff deshalb auch kaum erträglich. Mit diesem Naturell konnte und wollte der Jurist kein Anwalt werden, sondern ging in die Verwaltung.

Das zweite Attribut: „überschaubar“: Möcklinghoff ging in die kleine Welt der Kommunalverwaltung, heute Oberkreisdirektor in Lüdinghausen. Die Probleme sind hier konkret, und ebenso konkret sind die Lösungsmöglichkeiten. Für Möcklinghoff ist deshalb die Kommunalpolitik der schönste Beruf. Im Landtag fühlt er sich als „politischer Kommunalpolitiker“, und sollte er einmal nicht mehr im Landtag sein, dann: „Ausschließlich Kommunalpolitik.“

Ein solcher Politiker muß die Kommunalpolitik als immer wichtiger werdendes Betätigungsfeld des Landtags sehen. „Wenn erst einmal die Schulfrage gelöst worden ist, was bleibt denn dann außer Landesplanung, Infrastruktur usw.?“ Überschaubarkeit ist auch der Im-



Dr. Egbert Möcklinghoff (CDU)
Stellvertretender Vorsitzender
des Ausschusses für Verwaltungsreform

petus für den Verwaltungsreformexperten Möcklinghoff, deren eigentlichen Sinn er darin sieht, die öffentlichen Aufgaben für die Bürger weniger anonym zu gestalten. Im Zeichen der Überschaubarkeit auch fordert er, das Neben- und Gegeneinander der verschiedenen Haushalte abzulösen dadurch, daß alle Aufgaben auf eine Ebene transponiert werden, um dann Prioritäten festzusetzen.

Das erste Attribut: „homogen“: Möcklinghoff treibt Politik als Versuch, aus dem Bewahren des Gegebenen heraus die kritische Frage nach möglichen Veränderungen zu stellen. In diesem Sinne sollte die NRW-CDU seiner Meinung nach in der Bundespartei sehr viel aktiver werden, nicht als konservative Kraft, sondern im Sinne Arnolds als „soziales Gewissen“. Alles, was der Homogenität widerstrebt, hält Möcklinghoff für „lebensgefährlich“. So z. B. die Polarisation in der öffentlichen Auseinandersetzung, die die gerade im Parlamentarismus nötige Fluktuation unmöglich mache. Möcklinghoff wünscht sich die leider viel zu seltenen Sachfraktionen, die sich ad hoc jenseits der starren Fraktionsbarrieren bilden (Homogenität also nicht als politischer Eintopf). Wer aber die Grenzen des homogenisierenden Bereiches überschreitet – die radikale NPD und DKP – ist für Möcklinghoff weder im Parlamentarismus noch im öffentlichen Leben erträglich.

Münster ist für Möcklinghoff „homogen, überschaubar und geistig aufgeschlossen“. Die Politik ist es für ihn noch nicht, aber so wünscht er sie sich. Cornelius Bormann